

# Es geht weiter: Steuergelder für Zockerbanken

Im April hat das Europäische Parlament den Plänen zur Einführung einer »Bankenunion« zugestimmt. Die EU-Kommission und die Bundesregierung versichern, dass in Zukunft nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern zahlen sollen, wenn Banken pleitegehen, sondern die Banken selbst. Stimmt das?

Nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft stecken in den Bilanzen der 128 größten Finanzinstitute Europas noch immer faule Kredite in Höhe von 876 Milliarden Euro: Darlehen, deren Rückzahlungen hochgradig unsicher sind. Selbst wenn nur ein Teil dieser Kredite nicht zurückgezahlt würde, könnten eine oder mehrere Banken in die Pleite schlittern.

Die Bankenunion sieht für diesen Fall zwei Dinge vor: Erstens Finanzspritzen, die aus einem Fonds finanziert werden, in den die Banken eingezahlt haben. Wenn diese Hilfen nicht ausreichen, soll zweitens eine kontrollierte Abwicklung der Bank möglich sein, bei der die Aktionäre und Gläubiger mit ihren Einlagen haften müssen.

Die Sache hat zwei Haken:

1. Der Fonds ist viel zu klein, um selbst eine mittelgroße Bank, geschweige denn mehrere Banken gleichzeitig auffangen zu können. Zum Vergleich: Seit Beginn der Krise haben die EU-Staaten den Banken samt Bürgschaften 5,1 Billionen Euro bereitgestellt. Jetzt sollen 55 Milliarden von den Banken eingesammelt werden – aber erst nach acht Jahren.

2. Finanzminister Schäuble verspricht, dass keine Bank mehr mit Steuergeldern gerettet wird. Die Haftung für Aktionäre und Gläubiger betrifft aber nur acht Prozent der Verbindlichkeiten der Pleitebanken. Bei einer schweren Störung der »Volkswirtschaft« oder »Finanzstabilität« sollen noch bis einen Tag vor Abwicklung Steuergelder zur Rettung einer Pleitebank fließen dürfen – Eigentümer und Gläubiger blieben verschont. Auch direkte Hilfe für Banken aus den Mitteln des europäischen Rettungsschirms ist möglich, wenn die jeweiligen Mitgliedstaaten – also die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – dafür bürgen.

Die Hypo Real Estate (HRE) wurde 2009 mit über 100 Milliarden Euro gerettet. Schon dafür würde das Geld nicht reichen.

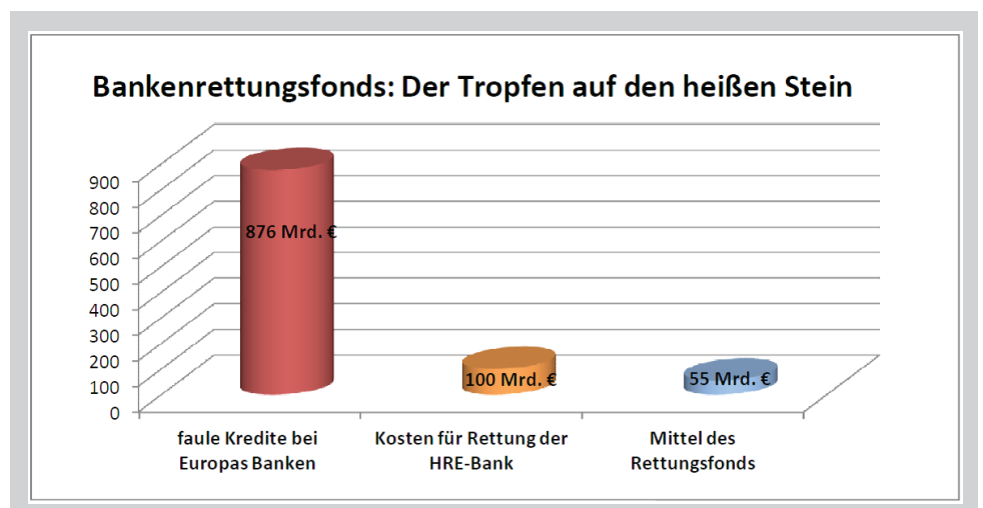
Die Bankenunion kann genau die zwei Dinge nicht, für die sie eingerichtet wurde: Sie kann Banken Krisen nicht verhindern, weil sie zu wenige Mittel von den Banken für deren Rettung einsammelt. Deshalb kann sie auch nicht verhindern, dass am Ende wieder die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Rechnung bezahlen. Das Prinzip der Bankenrettung ist weiter: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.

DIE LINKE fordert im Pleitefall eine kontrollierte Insolvenz maroder (Groß-)Banken. Jede Bank in Europa muss auch abgewickelt werden können. Die Einlagen der Kleinsparerinnen und Kleinsparer müssen abgesichert werden.

Wir wollen den Bankensektor regulieren und private Großbanken in öffentliches Eigentum und unter demokratische Kontrolle überführen.

Schattenbanken, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften müssen aufgelöst werden bzw. die Verbindungen zu Schattenbanken im Ausland gekappt werden.

Die durch die Bankenkrise auf den Staat abgewälzten Kosten wollen wir mit einer EU-weiten Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre finanzieren.



Auf den Punkt gebracht  
22. Mai 2014

V.i.S.d.P. Matthias Höhn  
bundesgeschaeftsstelle@die linke.de  
Mehr Informationen unter: [www.die linke.de](http://www.die linke.de)

**DIE LINKE.**